

Energiepolitik vor neuen Weichenstellungen:

Alles ist in Bewegung - nur, wohin?

Versuch einer Einschätzung

Vorweg: Bei allem Bemühen war und ist die Fülle des hier vorgelegten, erst recht des zugrunde gelegten Materials erst einmal erschlagend. Über zweitausend Seiten Geschreibsel (nicht nur) der Atommafia, das will auch erstmal ertragen sein.

Um so notwendiger ist zumindest der Versuch, ein paar Grundlinien nachzuzeichnen, möge das auch noch so unvollständig, allgemein oder vielleicht auch nur spekulativ werden.

Hoffentlich ist niemand enttäuscht, wenn die geplante Novellierung des Atomgesetzes nicht das einzige oder zentrale Thema dieser Einschätzung ist. Sicher ergibt sich bei der Lektüre der Fachpresse aber nicht nur bei mir der Eindruck, bei der geplanten Novellierung handle es sich nur um einen kleinen Ausschnitt der energiepolitischen Weichenstellungen unserer Zeit. Nichtsdestotrotz eignet sie sich, finde ich, ganz hervorragend zur Sichtbarmachung der Probleme mit den laufenden und kommenden Atomprogrammen. Damit ist die Novellierung auch Ansatzpunkt für klassische Formen der Aufklärung, also Information und Öffentlichkeitsaktionen. Und das ist der Entwicklung sowie Aufrechterhaltung von Akzeptanzschwierigkeiten für die Atommafia und alle, die sich mit ihr arrangieren, sicherlich sehr förderlich. Dies soll also kein Plädoyer für DIE zentrale Kampagne der Anti-Atom-Bewegten sein, sondern ein weiterer Aufruf zur Arbeit mit einem in sich kontroversen Projekt eines Teils der Atommafia. Hier ist ein "Sieg" machbar. Aber dazu später mehr.

Meistens ist es ziemlich nervig, sich mit den Veröffentlichungen der Strom- und Atommafia zu beschäftigen. Aber ab und zu kommt dann doch auch einmal Freude auf, wenn sich die Atommafia, wie in den 50er und 60er Jahren, ganz schlicht auch mal wieder selbst entlarvt. Zu Beginn also ein Anekdotchen, zusammengepuzzelt aus und nachzulesen in den Materialien:

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wird ja gemeinhin eher zu der schwergewichtigeren und ernstzunehmenden Lobby im bundesdeutschen

Machtkampf um Einfluß und Geld gezählt. Niemand wundert also, daß auch in diesem ein "Arbeitskreis Kernenergie" gebildet wurde. Schließlich sind AKW's ja nicht ganz unwichtig für das hiesige Industriesystem. Dieser "Arbeitskreis Kernenergie" des BDI nun forderte in einer Resolution am 19.09.1991 die Bundesregierung auf, sie solle eine "realistische Kernenergiepolitik" betreiben und ein "klares Bekenntnis zur Kernenergie ablegen". Die Presse gab das auch getreulich wieder. Hintergrund war die laufende Debatte um ein neues energiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung (dessen Entwurf im Dezember dann von Bundeswirtschaftsminister Müllemann vorgelegt wurde).

Erstaunlich wirkte zunächst die Begründung des BDI: Die amerikanische Bundesregierung orientiere sich in dieser Richtung und sei dabei, durch Anpassung von Genehmigungsverfahren und anderen Rahmenbedingungen ein positives Umfeld für die Kernenergie zu schaffen.

Wie nun kam der BDI dazu? Eingeladen zu der vorgenannten Sitzung war ein gewisser Mister Finger aus den USA, ein "amerikanischer Energieexperte", "ehemaliger Präsident des US Council of Energy Awareness (US-CEA)". Dieser referierte nun vor - ja, vor wem denn eigentlich?

Ganz einfach, vor dem "Arbeitskreis Wirtschaft und Industrie" der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG), dem zweitgrößten Atomlobbyverein der BRD. Dieser Arbeitskreis, so gibt die KTG in ihren Mitteilungen selbst stolz an, ist nämlich identisch mit dem BDI-Arbeitskreis.

Mr. Finger also berichtet über die zunehmend positive Haltung der Amerikaner gegenüber der Atomkraft - aber halt, wer ist denn der Finger jetzt tatsächlich? Dieser "Rat für Energiebewußtsein", das klingt so alternativ.

Das aber erhellt andernorts ein Tagungsbericht über die Europäische Nuklearkonferenz 1990 in Lyon. Dort wird eine andere Expertin zitiert: "Die Branche beginnt zu begreifen, daß viele Menschen die Kernenergie unterstützen, ohne sie zu lieben, formulierte Ann Bisconti von der amerikanischen Energie-PR-Organisation US-CEA." Oho.

Und dieser (ehemalige) Werbungs-Präsident berichtet nun der deutschen Atomlobby, daß "80 Prozent der Amerikaner glauben, daß die Kernenergie in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird", freilich ohne zu bemerken, ob sie das auch wollen. Immerhin merkt er an: "Freilich halten die meisten Amerikaner dies für eine sehr langfristige Entwicklung, denn nur 20 Prozent

von ihnen sind der Überzeugung, daß in den nächsten zehn Jahren überhaupt ein Kraftwerk in ihrer näheren Umgebung benötigt wird." Aha.

Der Arbeitskreis BDI der KTG nun, oder war das umgekehrt?, na egal, jedenfalls erfährt die Presse am nächsten Tag unter dem Titel "BDI fordert realistische Kernenergiepolitik":

"Unter Bezugnahme auf einen Vortrag, den der amerikanische Energieexperte H.B. Finger, ehemaliger Präsident des US Council of Energy Awareness (US-CEA), vor dem BDI-Arbeitskreis Kernenergie am 19.9.91 hielt, fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), daß die Bundesregierung in ihrem angekündigten Energieprogramm ein klares Bekenntnis zur Kernenergie ... ablegen solle." Punktum. Der Arbeitskreis ist nämlich bevollmächtigt, im Namen des BDI Erklärungen abzugeben ...

Und wenn sich da nicht gerade mehrere verschiedene Pressemitteilungen gefunden hätten, hätten wir auch nicht so leicht gemerkt, daß auch die gewichtige Atomlobby nur mit leichtem Wasser kocht. Nebenbei: Der gerade gewählte neue Vorsitzende des multifunktionalen Arbeitskreises heißt Hans Hirschmann und ist bekannt als Vorstandsmitglied der einstmals selbstständigen Kraftwerksunion (KWU), der AKW-Schmiede des Siemens-Konzerns.

Soviel zu Beginn zu den erheiternden Seiten des Studiums von Fachzeitschriften der Atomiker. Oder ist so etwas am Ende gar nicht lustig?

Wo aber anfangen mit einer Gesamtübersicht über die energiepolitische Situation unter besonderer Berücksichtigung der Atommafia?

Na, wo sich alle Seiten einig sind - die "Akzeptanz" ist futsch, der "energiepolitische Konsens" gleich mit, und zumindest die Atommafia sucht händeringend danach ... sagt sie. Nun soll aber bloß niemand glauben, sie suche ihn ausgerechnet in den Reihen unserer Anti-Atom-Bewegung seligen Angedenkens, von der einst ein hoher Innenministerieller unter E. Zimmermann (CSU) sagte, sie habe der deutschen Industrie Fehl-investitionen in Milliardenhöhe erspart. Nein, der ebenso ministerielle K. Bauer sagt offen:

"Wichtigstes gesellschaftspolitisches Problem ist die Auseinandersetzung über die Akzeptanz der Kernenergie, in der vor allem die Kernenergiegegner bisher nicht bereit sind, sich angesichts der mehr und mehr dominierenden Umweltprobleme, die mit unserer heutigen Energieerzeugung verbunden sind, an einer objektiven und sachlichen Neubewertung der verschiedenen Ener-

gieträger einschließlich der Kernenergie zu beteiligen." Und weiter: "Es ist daher dringend erforderlich, ein Konzept zur Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik, eingebettet in einen größeren europäischen Rahmen, zu entwickeln, ... das die Akzeptanzdiskussion bei den Dialogfähigen fördern kann."

Der Herr Gieske aus dem Vorstand der Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), dem Betreiber zahlreicher Atomkraftwerke und neben der VEBA mächtigsten Konzern der Atomstromer, drückt es etwas präziser aus: "Gefordert (ist) ein von allen staatstragenden Parteien akzeptierter länderübergreifender Grundkonsens über die einzusetzenden Primärenergieträger, um die notwendigen Investitionen vertreten zu können."

Na, da bleiben aber nicht viele von uns AKW-GegnerInnen zur Konsenssuche übrig. Aber das muß ja nicht heißen, daß wir ihnen nicht kräftig in den Konsens spucken könnten ...

Ist so also erst einmal festgestellt, um wen es nicht geht, ist die SPD mitsamt grünen Anhängseln (ja, werden die denn für staatstragend gehalten?) schnell als umworbener Konsenspartner ausgemacht. Denn diese hat ganz ohne Jein und Aber im Jahre Null nach Tschernobyl (das war doch 1986, oder wie?) mit Ach und Krach den Ausstieg aus der Atomkraft innerhalb von 10 Jahren beschlossen. Und seitdem stellen sie sich in Sachen Ausstieg mehr oder weniger geschickt an. Ich verpass ja sonst auch viel - haben die mittlerweile was stillgelegt? Der Countdown läuft, noch drei Jahre bis zum Ausstieg. Das wird aber knapp.

Zurück zum Ernst des Lebens ...

Zu unterscheiden sind für mich die allgemeine energiepolitische Ebene und die industriestrategische Ebene der Atomwirtschaft. Die allgemeine energiepolitische Ebene wird charakterisiert durch das Schlagwort "Energienmix" und den Marktanteil des Atomstroms darin auf bundesdeutscher und europäischer politischer Ebene. Die industriestrategische Ebene wird durch die Machtkämpfe und Expansionsbestrebungen der Stromkonzerne einerseits und der AKW-Bau-Industrie andererseits charakterisiert. Nicht davon getrennt werden kann aber die Welt außerhalb Großeuropas. Energiepolitik war schon Weltpolitik, als an AKW's nicht einmal gedacht wurde.

Drei große energiepolitische Projekte sind im Moment aktuell:

- Das energiepolitische Programm der deutschen Bundesregierung, zu dem ich auch den Versuch einer Neugestaltung der Atomrechtslage zähle.

- Die Europäische Energiecharta im Rahmen Europas über den Ural hinaus neben den EG-Energieprogrammen.

- Die Internationale Konvention gegen die Erwärmung der Erdoberfläche unter den Stichworten Klimaschutz und Treibhauseffekt.

Davon trennen möchte ich, trotz teilweiser Überschneidung und teilweiser Widersprüchlichkeit, die wichtigsten Projekte der Strom- und AKW-Bau-Konzerne:

- Europäisierung und Internationalisierung des Baus von (und des Services für) AKW's.

- Europäisierung des Strommarktes.

Im folgenden will ich versuchen, die Reihenfolge dieser Punkte einzuhalten.

Das energiepolitische Programm der deutschen Bundesregierung

Die politische Ausgangslage ist, daß seit der Regierung Schmidt kein ausdrückliches energiepolitisches Programm mehr aufgestellt worden ist. Praxis ist seitdem die Formel vom Drittmix der Primärenergieträger und der Koexistenz von Nutzung der Atomkraft und der bundesdeutschen Kohle.

Die Rolle der Kohle und damit der Zechengesellschaften ist mit dem Jahrhundertvertrag bis 1995 auf eine bestimmte Verstromungsmenge festgeschrieben, diese Kohleförderung wird durch Regierungssubventionen und Abnahmegarantien der Stromkonzerne subventioniert. Dem liegt offiziell der Gedanke der Versorgungssicherheit bei Rohstoffpreissteigerungen, weniger offiziell die Angst vor der Arbeitslosigkeit einer ganzen Menge Bergarbeiter als sozialem Sprengstoff zugrunde.

Den Entwurf eines neuen energiepolitischen Konzeptes hat Bundeswirtschaftsminister Möllemann an sich gezogen, da Energiepolitik wieder mehr als Wirtschaftspolitik behandelt werden soll und in

Industriekreisen sowieso von einer "ökologischen Überfrachtung der Energiepolitik" ausgegangen wird, wie auch die Kommission Energiepolitik des Wirtschaftsrates der CDU feststellt. Dem widerspricht allerdings nicht, daß in Koordination mit den EG-Staaten und, wenn möglich, mit den außereuropäischen Industrienationen, eine Kohlendioxidsteuer erhoben werden soll, die dem angeblich kohlendioxidfreien Atomstrom weiter helfen soll.

Wirtschaftliche Ausgangslage ist heute, daß der Bergbau einerseits massiv eingeschränkt wurde, die Kosten für einheimische Kohle dennoch gegenüber Weltmarktkohle aus Polen oder Südafrika gestiegen sind. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) sind nicht mehr bereit, hier auf Gewinne zu verzichten. Schließlich besteht auch im Bergbau wesentlich eher die Gefahr von Streiks, in AKW's ließe sich solches im unwahrscheinlichen Falle eines drohenden Streiks mit dem Hinweis auf die Sicherheit verhindern. Und daß für ein AKW weniger dauernde Arbeitskräfte gebraucht werden, die unberechenbare Kostenfaktoren sind, liegt auf der Hand. Die Dreckarbeit muß jedenfalls sowieso wegen der zulässigen Strahlungs-Jahreshöchst Dosen von vielen - meist völlig vereinzelt, geschweige denn organisierten - Leiharbeitern gemacht werden.

Auf der Grundlage der Arbeit und des Berichts der gemeinsam einberufenen Mikat-Kommission wurde ein vorläufiger Kompromiß zur Verlängerung der Verstromungsquoten des Jahrhundertvertrags gefunden, der auch Gnade vor den Augen der EG-Kartellwächter, die mittlerweile größere Kontrollmöglichkeiten haben, fand.

Vor allem sind sowohl in der Kohleindustrie als auch im Kohlekraftwerksbau Entscheidungen vor der Tür, die Investitionssummen in Milliardenhöhe umfassen. Bei AKW's ist der Entscheidungsdruck nicht so hoch und eher auf Auslandsbauten beschränkt, wenn auch schon jetzt die Entscheidungen über Atomstrom aus dem (vor allem östlichen) Ausland gefallen scheinen. Damit wird der bundesdeutsche Drittmix aber auch ungeniert ausgehebelt, der Atomstromanteil erhöht. Das erste praktizierte Beispiel sind die AKW's Mochovce 1 und 2 in der CSFR, die gerade von Siemens/KWU mit deutscher Leittechnik ausgestattet werden, vom Bayernwerk vorfinanziert, und diesem mit der Lieferung von Atomstrom bezahlt.

Andererseits existiert faktisch ein Moratorium für den weiteren Ausbau der Atomkraftnutzung in der BRD, nachdem die sogenannten Konvoianlagen in Betrieb gegangen sind. Dazu kommt, daß die SPD als potentielle Regierungspartei offiziell den Atomausstieg auf ihre Fahne geschrieben hat, eine große Bevölkerungsmehrheit Bedenken gegen AKW's hat - und nicht zuletzt wir als eine engagierte Minderheit es immer wieder verstehen, zumindest Drohpotential gegenüber konkreteren Plänen der Konzerne zu entwickeln. Machtpolitisch gefährlich, zugänglich und damit interessant sind hier in der Akzeptanzfrage und für einen neuen Konsens aber nur die SPD und die von ihr geführten Landesregierungen sowie die Gewerkschaften.

Unter den Gewerkschaften ist die IG Bergbau und Energie (IGBE) den Drohungen der Stromkonzerne, die ihnen zu teure Inlandskohle nicht mehr abzunehmen, am meisten ausgesetzt. So zeigte sich Gewerkschaftsführer Berger durchaus willig und bereit, auf die SPD Druck zum weiteren Hinnehmen der laufenden AKW's und Ersatz dieser durch neue auszuüben. Dabei formulierte Berger selber: "Die Frage des Bestandes der vorhandenen Kernkraftwerke und der zukünftigen Nutzung wird sich dann im Dialog zwischen allen Beteiligten leichter definieren lassen, wenn erkennbar wird, daß ... politische und wirtschaftliche Macht dazu genutzt werden soll, die Substanz des heimischen Stein- und Braunkohlenbergbaus zu zerstören, um so den energiewirtschaftlichen Zwang zur Nutzung des vorhandenen Kernkraftwerksparkes zu verstärken."

Doch auch die ÖTV und die IG Chemie sind bereit, Druck auf die SPD zur Verlängerung ihrer Ausstiegsfrist nach den Nürnberger Parteitagebeschlüssen von 1986 zu machen. Mit der Formel der ansonsten entstehenden Unglaubwürdigkeit soll die Ausstiegsfrist erst einmal verlängert werden. Auf die Idee, die Glaubwürdigkeit durch Stilllegung der zugänglichen AKW's in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen zu bestärken, kommen anscheinend weder Monika Wulf-Mathies noch Hermann Rappe oder ihre FunktionärInnen. Diese Konstellation von Gewerkschaften und SPD ist eben auch stark geprägt durch interne Machtkämpfe, in denen zumindest die IGBE und die IG Chemie durch gezielte Unterstützung des "Seeheimer Kreises" den rechten Parteiflügel unterstützen, während die stärksten Verfechter des Ausstiegs eher auf dem "linken" Flügel zu finden sind.

Die vorhandenen Chancen jedenfalls hat sich Bundeswirtschaftsminister Möllemann ziemlich verbaut, indem er Berger vor dem IGBE-Kongreß im Mai 1991 mit wilden Subventionskürzungs-Drohungen zum Thema Arbeitsplatzabbau bloßstellte und in die Gegenposition trieb.

Die SPD selbst will bisher, trotz großen Drucks auf dem Bremer Parteitag, ihre Position nicht ändern. Das ist wohl vor allem auf den Druck der Basis und die Erwartung von Wahlstimmen für diese Haltung bei der atomskzeptischen Mehrheit der Bevölkerung zurückzuführen. Vor allem die energiestrategischen Positionen der Partei und ihrer Fraktionen sind weitgehend von Atomkraftskeptikern, wenn nicht sogar (ehemaligen) Atomkraftgegnern besetzt. Der Bundesregierung und vor allem der hinter ihr stehenden Industrie reicht aber auch schon eine Tolerierung durch Stillhalten der SPD, wenn sie auch fordert, diese müsse jetzige Regierungsentscheidungen bei einer Regierungsübernahme weiter tragen.

Seit Dezember 1991 nun liegt nach einem heißen Lobbyistenjahr der Entwurf des Bundeswirtschaftsministers vor und sieht die Beibehaltung des Drittelmix vor. Dabei wird noch nicht offen, aber ziemlich wenig versteckt von einer Erhöhung des Anteils des Atomstroms ausgegangen.

Diese Erhöhung ist aber zumindest kurzfristig nicht durch Zubau bundesdeutscher AKW's machbar. In diesem Zusammenhang ist die Entscheidung von den Stromkonzernen bereits vorweggenommen: Mitte 1991 knüpften sie ihre Entscheidung über neue AKW's in Stendal oder Greifswald an "eine eindeutige politische Unterstützung der maßgeblichen politischen Kräfte". RWE-Vorstand Schmitt: "Angesichts des enormen Investitionsrisikos - die Kosten werden mit etwa 4 Mrd. DM pro Block veranschlagt - wird ein belastbarer Konsens der maßgeblichen politischen Kräfte unter Einschluß der SPD gefordert. Ein derartiger Konsens ist im Augenblick nicht erkennbar, so daß die Voraussetzungen für den Bau dieser Kernkraftwerksblöcke nicht vorliegen." Damit gehen die EVU der Konsensfindung erst einmal aus dem Weg und "schlagen damit die Tür zu", wie K. Lippold von der SPD bedauerte.

Erkennbar ist hingegen, daß von den EVU zunächst der Weg über Atomstrom aus dem Ausland genommen wird. Waren zunächst Polen oder auch Kooperation mit

dem französischen Stromriesen Electricite de France (EdF) im Gespräch, so zeichnet sich jetzt die strategische Konzentrierung auf die CSFR und eventuell Ungarn ab. Dabei soll erst einmal die östliche Atomkraftwerkstechnik von Siemens/KWU nachgebessert werden, um dann die angefallenen Kosten mit nach Deutschland zu lieferndem Atomstrom zu bezahlen. Dasselbe Modell kann dann auch auf den AKW-Bau angewendet werden.

Das gehört eigentlich ins Kapitel "Konzernstrategien", ist hier aber wichtig wegen der Wechselwirkungen auf die bundesdeutsche Atomrechtsdiskussion. Denn das RWE erklärt weiter: "Eine weitere Forderung besteht darin, daß von der derzeitigen stufenweise Genehmigungspraxis im Fall des Neubaus von Kernkraftwerken in Greifswald und Stendal abgewichen würde. Voraussetzung für die Errichtung der Kraftwerke ist aus der Sicht der RWE Energie AG eine vollständige Genehmigung, d.h. sowohl zur Errichtung als auch zum Betrieb."

Damit bin ich bei der Diskussion um ein neues Atomgesetz, das von den Stromkonzernen offen abgelehnt wird, in dem aber auch für sie eine einheitliche Genehmigung mit einem Anspruch auf diese verknüpft werden soll.

Die Idee eines neuen Atomgesetzes geht zurück auf Anregungen des SPD-dominierten Bundesrats, teilweise Änderungen des Atomgesetzes vorzunehmen. Daraus entstand im Bundesumweltministerium (BMU) die Idee, aus dieser Vorlage eine umfassende Novellierung des Atomgesetzes zu machen, die den Weg ebnen kann für eine weitere, ausgebauten Nutzung von Atomkraft. Dabei sollte die SPD in die Gesetzgebungsarbeit eingebunden und langfristig auf das entstehende Gesetz festgelegt werden.

Diesen Weg lehnten die Stromkonzerne schon früh ab. Ihre Hauptbegründung war der zu erwartende Zeitverzug durch langwierige Diskussionen, daneben spielte vor allem eine Rolle, daß der Ausgang des Gesetzgebungsverfahrens angesichts der SPD-Mehrheit im Bundesrat ziemlich ungewiß werden könnte. Last not least sehen die bisher vorgestellten Novellierungsgedanken auch Unannehmlichkeiten für die Atomstromer vor - teils Bonbons für die SPD, teils als notwendig betrachtete Verschärfungen.

Im praktischen Ergebnis jedenfalls würde sich wohl durch ein neues Atomgesetz des diskutierten Zuschnitts für uns nicht viel ändern. Schon jetzt haben juristische Klagen gegen Atomanlagen keinen Erfolg in Form dauernder Stilllegung von AKW's (was wohl auch ohne näheres Eingehen auf den kontroversen Diskussionsstand zur Rolle des juristischen Weges unter AKW-GegnerInnen festgestellt werden kann). Denn das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht mühen sich redlich, den oft verworrenen Rechtsstrategien der Atomiker (da war die Niederlage in Wackersdorf als juristische Lachnummer vorgezeichnet) letztlich zum Erfolg zu verhelfen. Theoretisch denkbare Erfolgsmöglichkeiten werden trotzdem sicherheitshalber durch die Novellierung ausgeschlossen. Unser "Quälpotential" in Form der Wahrnehmung von Öffentlichkeitsbeteiligungen und Klagemöglichkeiten bei Genehmigungsverfahren aber würde erheblich reduziert, dadurch der politische Druck auf Genehmigungsbehörden gelindert.

Anders die Lage für Landesbehörden und -regierungen als Genehmigungsbehörden: Vor allem ihnen sollen alle Möglichkeiten zum Querlegen oder auch nur rigoroser Rechtsanwendung entzogen werden. Eine Tolerierung der Atompolitik würde dann von diesen verkauft als "Wir können rechtlich nix machen". Noch in der ersten Hälfte 1992 werden wir wohl, auch ohne neues Atomgesetz, diese Vorgehensweise anhand des Zwischenlagers in Gorleben vorgeführt bekommen.

Das ist der eine Ausgangspunkt energiepolitischer Überlegungen zum Atomrecht, die Ausschaltung der Landesregierungen und Zentralisierung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen bei einer Bundesbehörde.

Der andere erklärt schon eher die ablehnende Haltung der Atomstromer: Es bildet sich eine nicht gerade unbedeutende Fraktion der Atomgemeinde heraus, die aus unterschiedlichen Gründen für ganz neue Wege in der Atomfrage der Energiepolitik ist.

Mehr oder minder offen wird ein neuer AKW-Typ gefordert, der, so A. Birkhofer, "den Ausschluß von Großschäden sicherstellen müsse ohne Rücksicht darauf, wie unwahrscheinlich der Kernschmelzunfall aufgrund der Sicherheitstechnik auch sei". Dieser Ansicht scheint selbst Töpfer nahezustehen, der wegen seiner ökologischen Weitblickversuche zunehmend vom Wirtschaftsministerium attackiert und entmachtet wird (soweit überhaupt vorhanden) und wohl im Zuge der

angekündigten Regierungsumbildung im Winter 91/92 verschwinden wird. Diese Fraktion verfolgt eher eine Linie des als "modern" bezeichneten Rückzugs des Staates auf eine neutrale Kontrollrollenrolle, die allerdings auch in Richtung strengere Auflagen und Kontrollen offengehalten wird. Die Hauptrolle spielt dabei die Nachrüstung von AKW's auf den Stand der Zeit. So wird bereits kommentiert: "Je weiter in Zukunft die genehmigungsrechtlichen Spielräume für Nachrüstungsmaßnahmen gesetzt werden, um so weniger können die Kernkraftwerksbetreiber mit kalkulierbaren Rahmendaten rechnen. Bei der von der Bundesregierung gewünschten 'Dynamisierung der Schadensvorsorge' im Rahmen des novellierten Atomrechts muß ein Kompromiß gefunden werden; es sei denn, auch die Koalitionspolitiker in Bonn wünschten einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Wenn nämlich die Genehmigungsschwelle in Richtung des Null-Risikos festgelegt werden sollte und kontinuierliche Nachrüstungen ohne angemessene Entschädigung möglich würden, dann dürfte kein neues Kernkraftwerk hierzulande mehr gebaut werden. Um die Akzeptanz der Kernenergie zu erhöhen, ist es aber auch notwendig, daß die Nuklearindustrie freiwillige Zugeständnisse erbringt. Bei den periodischen Sicherheitsüberprüfungen sollte ein Kompromiß für alle Seiten möglich sein."

Der "Neue-Wege-Fraktion" liegen sicher unterschiedliche Motivationen zugrunde.

Weitblickendere Atomiker sind sich ziemlich einig, daß "ein zweiter Großunfall nach Tschernobyl auch global ausgeschlossen werden können muß, wenn Kernenergie akzeptabel bleiben oder wieder werden soll". Diese Gefahr aber, davon gehen sie mittlerweile ziemlich offen aus, besteht durch die existierenden AKW's.

Es ist nicht auszuschließen, daß sogar ein gewisser Schock über den Anblick der Folgen von Tschernobyl in Kombination mit dem vorhandenen Wissen über tausende von "Störfällen" auch im Westen dabei eine Rolle spielt.

Es kann aber auch unterschieden werden zwischen eher "wissenschaftlich" orientierten Haltungen, die von der absoluten Kontrolle der Atomkraft träumen, und der "betriebswirtschaftlich" orientierten Haltung, die "sicherere" AKW's als kostengünstiger zu produzieren und betreiben anpreist.

Die Industrie hat sich längst entschieden - unter dem Schlagwort "evolutionäres Konzept" wird der bisherige Weg beschritten gegen einen so bezeichneten "revolutionären" Weg. Die Begriffe allein zeigen ihre Wertung aus Industriesicht auf... Siemens/KWU und Framatome jedenfalls kooperieren auf dieser Basis als zusammen größter AKW-Produzent der Welt, die sie damit lediglich unter sich aufgeteilt haben. Alles andere hätte hohe Entwicklungskosten für sie zur Folge, die der deutsche Staat nicht mehr aufbringen will und andere Staaten nicht aufbringen können.

Trotzdem hoffen die Verfechter neuer Wege darauf, daß deutsche EVU und Siemens angesichts ihrer vollen Taschen die Chance begreifen, angesichts wirtschaftlich schwer angeschlagener internationaler Konkurrenten durch Entwicklung eines neuen Reaktortyps, der alle bisherigen in Frage stellt, die Weltmarktführung zu übernehmen.

Aber genau diese "Überlegenheit" eines sogenannten "sicheren Reaktors" schreckt die Atomstrome - würde sie doch die Unsicherheit der bestehenden AKW's zur Grundlage machen. So heißt es: "Es ist sehr sinnvoll, wenn die Kernkraftwerksbetreiber durch die Reaktorhersteller neue Anlagenkonzepte prüfen lassen. Ein Dilemma entsteht aber dadurch, daß beträchtliche Verbesserungspotentiale auch in der Öffentlichkeit den Druck verstärken, die alten Anlagen durch neuere Reaktoren zu ersetzen. Je größer die Sicherheitsfortschritte sind, um so eher ist ein Ersatzbedarf programmiert, und zwar auch für eigentlich noch rüstige Anlagen."

So sind bei dieser Betrachtungsweise auch die verblüffenden Gemeinsamkeiten in der Ablehnung einer Atomgesetznovellierung zwischen uns AtomgegnerInnen und der Atommafia erklärbar. Das Projekt Novellierung wird zwar sicher nicht so ganz ohne weiteres kippen, aber die Chancen sind ziemlich groß, daß Töpfer samt Novellierung in der Versenkung verschwindet. Darum macht es in jedem Falle Sinn, von unserer Seite aus hier ein weiteres Mal einen Sieg zu erringen, der die öffentliche Meinung gegen Atomkraft bei aller Verbiegelei durch sogenannte Meinungsumfragen klarstellen kann und auf mittlere Frist zementiert. Nicht ein fast totgeborenes Projekt Novellierung muß dabei das eigentliche Ziel sein, sondern der Bundesregierung hier eine öffentliche Schlappe aufzuzwingen und damit das Thema Atomkraftnutzung als kontrovers und in der Mehrheit abgelehnt

besetzt zu halten. Verhalten wir uns hier passiv, ist eine Novellierung in absehbarer Zeit machbar - und sei es von einer SPD-FDP-Grünen-"Ampelkoalition" in Bonn nach 1994. Der Inhalt der Novellierung bietet absehbar, obwohl der Referentenentwurf nicht zuletzt aufgrund unseres entschiedenen und breiten Protests vorerst in der Schublade bleibt (bis nach den Landtagswahlen), reichlich inhaltliche Ansatzpunkte für Öffentlichkeitsarbeit und breiten Protest.

Festzuhalten bleibt, daß ein energiepolitisches Konzept erst von der CDU-Zentrale ausgearbeitet und von Bundeswirtschaftsminister Möllemann vorliegt, bis zur Verabschiedung aber noch ein weiter Weg bevorsteht, der bereits durch Entscheidungen der Industrie vorgezeichnet ist. Die Haltung der SPD-Opposition ist vorerst ablehnend bis pragmatisch auf ihre fehlende Regierungsverantwortung hinweisend passiv. Ob dabei der vom Bundeswirtschaftsministerium angekündigten gemeinsamen Kommission für die Ausarbeitung eines Konsenses eine Bedeutung zukommen wird, wird sich noch herausstellen - einstweilen droht Gefahr eher von SPD-Landesregierungen, die ihre Möglichkeiten nicht nutzen oder sich sogar dem angeblich juristisch unvermeidlichen fügen. Hier ist Druck im Moment am meisten angebracht.

Die Europäische Energiecharta

Auf dem EG-Gipfel in Dublin 1990 legte der niederländische Präsident R. Lubbers ein Memorandum zur Schaffung eines gesamteuropäischen Energienetzes vor. Ende 1990 beschloß der Europäische Rat die Erarbeitung einer gesamteuropäischen Energiecharta bis Ende 1991. Die Grundkonzeption wurde Ende 1991 unterzeichnet, 1992 sollen die näheren Bestimmungen ausgearbeitet werden. Die Grundidee ist, daß die westeuropäischen Staaten mit fortgeschrittener Technologie und großen Absatzmärkten ein großes Interesse an rohstoffreichen Staaten im Osten haben müssen, die wiederum auf Kapital, Technologietransfer und Absatzmärkte hoffen. So ist Energie bis auf weiteres der einzige wirkliche Hoffnungsträger der GUS als Devisenbringer, wenn auch die Produktion seit 1988 zurückgeht.

Dieses integrierte Energiekonzept zielt neben Osteuropa vor allem auf die Einbindung der ehemaligen Sowjetrepubliken, der heutigen GUS, in einen integrierten gesamteuropäischen Energiemarkt ab.

Mehr als ein Drittel der Erdgas-Weltreserven befinden sich in der UdSSR. Von einer Energiecharta soll eine stabilisierende Wirkung im Verhältnis EG / GUS ausgehen, wenn in einem so wichtigen Feld wie der langfristigen Energiepolitik eine "Identität der Interessen" auf beiden Seiten vorliegt. Die EG ist immer noch zu 50% von Energieleistungen außerhalb ihrer Grenzen abhängig. Dabei sind die Lieferanten aus dem Nahost-Krisengebiet am stärksten vertreten. Der Erdgasbedarf der EG soll sich in den kommenden zehn Jahren vervierfachen. Langfristige Stabilität und damit ein Zuwachs an Sicherheit der EG-Energieversorgung soll damit erreicht werden, daß alle Unterzeichnerstaaten der Energiecharta gleiche Rechte und Pflichten haben sollen. Das bedeutet vor allem die Erschließung riesiger Primärenergievorkommen in der GUS - mit westeuropäischem Kapital zu den Bedingungen westeuropäischer Konzerne. Angestrebt wird ein paneuropäisches Verbundnetz im Energiesektor. Fast das gesamte Stromsystem Osteuropas und der GUS soll erneuert werden, ohne daß es zu einem kostenträchtigen Wettlauf der Staaten und Konzerne um den Ausverkauf der Energiereserven und -netze kommen soll. Immerhin werden die erforderlichen Finanzmittel für dieses Konzept als im dreistelligen Milliardenbereich liegend geschätzt.

Auch hier ist der Atomsektor von besonderem Interesse.

Betont wird die "Sicherheitspartnerschaft", die zur Stilllegung der AKW's der "untersten Sicherheitsstufe" und Modernisierung der anderen AKW's führen soll. Zur Erinnerung: In den GUS-Staaten laufen noch 16 RBMK(Tschernobyl)-Reaktoren, 42 WWER-Blöcke sind in Betrieb und 25 im Bau in der GUS, Bulgarien, der CSFR und Ungarn.

Diese AKW's sollen zum Teil stillgelegt (RBMK), zum Teil überarbeitet werden. Eine Schlüsselrolle spielt hier die Sicherheitsstudie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) über den Greifswälder Block 5, bei dem es sich um die sowjetische Reaktorbaulinie W-123 handelt. In der GUS und anderen osteuropäischen Ländern sind allein 29 Blöcke dieses Typs in Bau oder Betrieb. Deshalb gilt diese Studie als maßgeblich für die notwendigen Nachrüstungen der entsprechenden Reaktoren.

Für diesen Markt steht vor allem die deutsche Siemens/KWU in den Startlöchern. Von dieser werden allein die allernotwendigsten Maßnahmen auf ein Volumen von 2,6 Mrd. DM geschätzt. Da derartige

Devisenbeträge für die entsprechenden Länder nicht aufzubringen sind, soll mit Stromlieferungen bezahlt werden. Ein erstes Beispiel ist bereits unter Dach und Fach - in der CSFR wird beispielsweise die Siemens-Leittechnik für die AKW's Mochovoce 1 und 2 durch künftige Stromlieferungen aus diesen Kraftwerken an die Bayernwerk AG bezahlt werden.

Wo das nicht möglich ist, sollen bevorzugt von den Staaten der EG zum Aufbau der Energieversorgung aufgebrauchte Mittel zur Renovierung der AKW's eingesetzt werden.

Diese Konzepte bauen derart offensiv auf die bisherige Energieverschwendung, die im Osten nur offensichtlich ist, auf, daß selbst Bundesumweltminister Töpfer öffentlich Bedenken äußerte. Diese Betonung auf der Angebotsseite führt selbst nach seiner Ansicht zu einer Vernachlässigung der Energieeffizienz und -einsparungsmöglichkeiten auf der Nachfrageseite.

Ein umweltpolitisches Mäntelchen hängen sich die Energiekonzerne trotzdem um: Nicht nur die Ausschaltung der Gefahren durch Ost-AKW's schreiben sie auf ihre PR-Fahnen, sondern auch die effektivste Form der CO₂-Reduzierung wollen sie durch den Kapitaleinsatz im Osten erreichen. Das sind große Worte im Wettlauf um billige Rohstoffe, Unternehmensexpansion, Profitmaximierung und Umgehung strengerer westeuropäischer Umweltschutznormen ...

Die Internationale Konvention gegen die Erwärmung der Erdoberfläche

In Genf wird seit einiger Zeit zwischen den westlichen Industriestaaten über eine Internationale Konvention gegen die Erwärmung der Erdoberfläche verhandelt. Die Industriestaaten außer den USA hatten zunächst betont, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 in zwei

Etappen reduzieren zu wollen. Diese Zusagen sollten bindend sein. Die USA ist der Ansicht, eine vertraglich festgelegte und überwachte Reduzierung des Ausstoßes an CO₂ sei weder nötig noch möglich. Dieser Standpunkt beruft sich zwar auf noch ungenügende Erforschung des Treibhauseffekts, läßt sich aber letztendlich nur aus der Rolle der USA als weltgrößter Energieverbraucher und Umweltbelasteter erklären, der eine binnenwirtschaftliche Rezession und Kapitalmangel gegenüberstehen. Damit können notwendige Umrüstungen und Schließungen nicht finanziert

werden, ohne die wirtschaftliche Kraft weiter zu schwächen. Schließlich gilt dort auch generell für Produktionsmittel, daß eine Modernisierung dringend notwendig ist, um im Binnenmarkt und vor allem auf dem Weltmarkt nicht vollends unterzugehen.

Diese notwendigerweise harte Haltung der USA, mit der sie sich selber an den Umwelt-Pranger stellt, nehmen Großbritannien, Frankreich und Japan zum Anlaß, die bindende Wirkung einer CO₂-Konvention auszuhebeln. Offiziell erscheint ihnen ein Abkommen ohne die USA sinnlos, was ja angesichts der Größenordnung des amerikanischen Beitrags zum Weltenergieverbrauch und Treibhauseffekt nachvollziehbar erscheint. Dennoch könnten sie mit gutem Beispiel vorangehen und sich selber binden, auch wenn die USA dies verweigert. Stattdessen soll im Juni 1992 ein Vertrag mit freiwilligen Zusagen unterzeichnet werden.

Dem liegt zumindest für Großbritannien eine ähnliche wirtschaftliche Ausgangslage wie für die USA zugrunde. Frankreich schließlich ist mißtrauisch gegenüber der treibenden Rolle Deutschlands in der CO₂-Frage angesichts der Kapitalkraft der deutschen EVU im Gegensatz zu der Verschuldung des Staatskonzerns EdF. Japan schließlich wittert das Geschäft mit der Umweltschutztechnologie und wird sich, je nach öffentlichem Meinungsdruck in der CO₂-Frage und dessen Auswirkungen auf staatliche Maßnahmen, die Investitionen der Stromkonzerne betreffen, der Anti-CO₂-Haltung Deutschlands anschließen. Denn dort wird seit einiger Zeit davon ausgegangen, daß technologische Auseinandersetzung mit globalen Umweltproblemen neue Innovationsschübe und neue Märkte für neue Technologien bedeutet.

So wird deutlich, daß Bundesregierung und deutsche Unternehmen nicht nur hehre Umweltziele verfolgen, wenn sie sich (berechtigt!) um den Treibhauseffekt sorgen. Zum einen soll damit ein höherer Atomstromanteil durchgesetzt werden, zum anderen soll der (nicht zuletzt von der Umweltbewegung ertrachtete) Stand der Umwelttechnologie hierzulande zur Öffnung der Märkte und Absicherung der Expansion in den Osten dienen. Kaufen östliche Regierungen nicht-deutsche Technologie, werden sie schon sehr bald an den Umweltpranger gestellt werden. Andererseits wird die deutsche Regierung den deutschen Markt schützen, indem sie hier CO₂-Begrenzungen einführt, die wie-

derum von deutschen Unternehmen durch Investitionen im Osten, mit denen kompensiert werden kann, umgangen werden sollen. Angestrebt werden "großräumige Lösungen"...

Europäisierung und Internationalisierung des Baus von und des Services für AKW's

Hier ist zunächst festzustellen, daß es im Moment keinen Markt für den Bau neuer AKW's gibt. Selbst das Atom-Musterland Frankreich hat sein Atomprogramm effektiv angehalten. In Deutschland haben sich die EVU mit ihrem Bedürfnis nach langfristigem Investitionsschutz durch Konsens selbst der leidigen Diskussion um neue Inlands-AKW's vorerst entzogen und gehen stattdessen in den Osten. So bleibt vor allem der Service- und Umrüstungsmarkt, der den Konzernen nach einer gewissen Schrumpfung das Überleben mehr als sichern kann.

Schon vor einiger Zeit haben die maßgeblichen europäischen Reaktorbauer, Siemens/KWU und die französische Framatome, die Konsequenzen gezogen und weitgehende Absprachen getroffen. Mit diesen wollen sie ihre Weltmarktstellung ausbauen und außereuropäische, vor allem amerikanische Konkurrenten erfolgreich bekämpfen. Dem widerspricht nicht die teilweise Zusammenarbeit auf einzelnen Gebieten, wie überhaupt die Zeit der wirtschaftlichen Elefantenhochzeiten, auf denen sich einzelne Firmen auf Wohl oder Wehe aneinanderbanden, vorbei ist.

Noch im Frühjahr 1992 wird ein "weiterentwickelter" AKW-Typ vorgestellt werden, der als gemeinsam standardisierte Baulinie gelten soll. Dennoch ist von diesem zunächst als Exportmodell auszugehen. Vor allem einer Aufteilung der Märkte für Bau und Service dienen die Absprachen, die unter anderem zur Gründung der gemeinsamen Firma Nuclear Power International (NPI) geführt haben.

Neu ist, daß die EVU ihrerseits in Zusammenarbeit mit den Reaktorbaufirmen in Osteuropa Angebote unterbreiten, die mit Stromlieferungen bezahlt werden sollen. Die bereits erwähnte Bayernwerk/Siemens/KWU-Zusammenarbeit in der CSFR ist ein Beispiel, das Angebot von PreussenElektra(VEBA) an die ungarische Regierung zum Bau eines Druckwasserreaktors von Siemens mit 1350 Megawatt ein anderes aktuelles Beispiel. Sollte sich das ungarische Ministerium für

Handel und Industrie aber entschließen, Kohlekraftwerke zu bauen, bieten sowohl PreussenElektra als auch daneben RWE solche ebenfalls an.

Europäisierung des Strommarktes

Die Europäisierung der Strommärkte ist kaum von der Kraftwerksindustrie zu trennen, dennoch weist sie einige Besonderheiten auf.

Strompreise sind eine indirekte Steuer, von privaten Konzernen einkassiert. Die Profite sind gerade bei der weit überwiegenden Menge von kleinen Kunden garantiert, gerade bei ihnen werden einmal erfolgte Preiserhöhungen nie wieder zurückgenommen. Beispielsweise wurden die Strompreise mit der Begründung "Kraftwerksentschwefelung" erhöht - die Anlagen sind installiert und abgeschrieben, die Preiserhöhung bleibt, mal abgesehen von den Industriestrompreisen. In der Sprache der Wirtschaftsstrategen heißen wir folgerichtig "Wertschöpfungspotentiale".

Die Lage auf dem europäischen Strommarkt ist bestimmt durch Monopole oder Oligopole, die im jeweiligen nationalen Rahmen sogar gesetzlichen Schutz genießen. Diese Lage könnte sich durch die Entwicklung eines europäischen Binnenmarktes grundlegend ändern. Das gilt allerdings nur für industrielle Großabnehmer von Strom, denen schon immer Sonderrollen zukamen (siehe Bau von Biblis A für die BASF).

Die EG-Energiekommission nämlich will die Gebietsmonopole für Stromerzeugung und -weiterleitung aufbrechen. Eingeführt werden soll das Prinzip des "common carrier", die Öffnung der monopolisierten Leitungsnetze zur Durchleitung von Strom. Wurde zunächst angenommen, dadurch könne Frankreich mit seinem Staatskonzern EdF zur Atomstromzentrale Europas werden, so muß das heute revidiert werden. Zum einen stellen sich die französischen AKW's als unzuverlässiger und fehleranfälliger als vermutet heraus, zum anderen haben sich die großen Konzerne auf einen gewissen Gebietsschutz geeinigt, wenn die Frontstellungen auch erhalten bleiben. Schließlich aber haben die Konzerne auch über die Preisgestaltung für die Benutzung ihrer Leitungen weitgehenden und schwer zu kontrollierenden Einfluß auf eventuell abspringende Großkunden ihres Versorgungsgebietes.

Deutlich wurde die Frontstellung am Beispiel Ostdeutschland. Nicht nur am Protest der Deutschen Ost und West scheiterte der ursprüngliche Stromvertrag, vor allem auch der Einflußnahme der französischen und anderer Regierungen gegen diesen Monopol-Raubzug bei der Bundesregierung ist die Überarbeitung zu verdanken gewesen. Schließlich jedoch versprochen die deutschen EVU zwar der EdF als Anführerin eines europäischen Konsortiums einen Anteil von 15%, knüpften diesen aber listig an eine Öffnung des französischen Strommarktes. So wurde die EdF samt Bundesgenossen abgeblockt bei der Erschließung der strategischen Basis Ostdeutschland für den Weg in den Osten.

Dennoch dürfen wir hier nicht von Nicht-Zusammenarbeit der Monopolisten ausgehen - diese ist eine Frage der Preise und des Einflusses, nicht des Prinzips. So ist der europäische Stromverbund längst Realität, führt er doch zum Beispiel dazu, daß die vorzuhaltenden, teuren Stromreservekapazitäten europaweit optimiert und damit in den einzelnen, nationalstaatlichen Monopolen gesenkt werden können. So fließt ebenso deutscher Strom im Mittel- und Spitzenlastbereich nach Frankreich wie umgekehrt.

Abzusehen ist aber eine Entwicklung, die die CSFR zur Atomstromzentrale Mitteleuropas machen könnte. Schon beklagt sich die dortige Regierung über den massiven Einkauf deutscher Konzerne, die auf den Aufbau eines Billiglohn-Brückenkopfes zur Eroberung der mittel- und osteuropäischen Märkte hinausläuft. Absehbar ist speziell nach dem Einkauf von Siemens/KWU in den Pilsener Kraftwerksbauer Skoda der Bau eines Heizreaktors neuer Konzeption in Pilsen, der wiederum mit Stromlieferungen nach Deutschland bezahlt würde.

So, irgendwann muß dann auch erstmal Schluß sein, wenn auch noch so viel vorläufig bleibt. Und der Rechenknecht rechnet mir grad beim Speichern vor, ich hätte seine Tastatur über eine viertelmillionmal gehauen. Na, dann doch lieber die Atomiker, das sind nicht so viele ...

Dietmar / Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen